



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen

SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen c/o
Daniel Schweer, Konrad-Adenauerstr. 28, 49586 Neuenkirchen

Samtgemeindeverwaltung Neuenkirchen
Frau Samtgemeindebergermeisterin
Hildegard Schwertmann-Nicolay
Alte Poststraße 5-7
49586 Neuenkirchen

SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde
Neuenkirchen
Vorsitzender:

Daniel Schweer
Konrad-Adenauerstr. 28
49586 Neuenkirchen

Tel. 05465/439
Mobil: 0160/822 0 439
e-Mail: daniel-schweer@osnnet.de

Neuenkirchen, im November 2020

Per E-Mail an
schwertmann-nicolay@neuenkirchen-os.de, lanwert@neuenkirchen-os.de

Betreff: Antrag „Sicherer Hafen“ Samtgemeinde Neuenkirchen

Liebe Hildegard,
Lieber Andreas,

Wir als SPD-Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen, stellen hiermit den nachfolgenden Antrag zur nächsten Samtgemeinderatssitzung:

Die Samtgemeinde Neuenkirchen deklariert sich als Sicherer Hafen

Der Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Vor dem Hintergrund, dass unsere Samtgemeinde unter tatkräftiger Unterstützung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt hat und dies auch weiterhin tun wird beschließt der Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen folgende Resolution:

1. Der Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen unterstützt - wie zahlreiche andere Kommunen Initiative „Seebrücke - schafft sichere Häfen“ und deklariert die Samtgemeinde Neuenkirchen als sicheren Hafen.
2. Die Samtgemeinde Neuenkirchen erklärt sich mit der zivilen Seenotrettung solidarisch und verurteilt deren Kriminalisierung. Seenotrettung ist kein Verbrechen sondern Pflicht.
3. Der Rat fordert Kreistag und die Gremien des Landkreises Osnabrück auf, sich ebenfalls zu einem sicheren Hafen zu erklären und die Initiative Seebrücke zu unterstützen.
4. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiter und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen.
5. Der Rat appelliert an die Bundesregierung weitaus mehr Menschen aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria als bisher angekündigt aufzunehmen.

Begründung:

Das Sterben von Geflüchteten auf dem Mittelmeer setzt sich jeden Tag fort. Über 2.299 Menschen sind im Jahr 2018 ertrunken, viele tausend in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Europäische Regierungen stellen nicht nur

jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und behindern ihre Arbeit. Wer es dennoch über das Mittelmeer geschafft hat, endet oft unter unerträglichen Lebensumständen in griechischen Flüchtlingslagern wie zum Beispiel Moria.

Das Sterben im Mittelmeer und die Unterbringung und der Umgang mit Geflüchteten in Griechenland, insbesondere im Lager Moria auf Lesbos widerspricht unserer Überzeugung als weltoffene Gemeinde. In den letzten Jahren haben die Einwohnerinnen und Einwohner von Neuenkirchen, Merzen und Vorlage, die Verwaltung und die Politik gezeigt dass sie bereit und fähig sind geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren.

Wir sind bereit, im Rahmen eines Bundesaufnahmeprogramms unseren Teil zu leisten, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden, und den Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Es geht nicht darum alle in Seenot geratenen beziehungsweise geflüchteten Menschen in unserer Gemeinde aufzunehmen vielmehr soll deutlich werden, dass die Rettung der Ertrinkenden und eine menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten absolute Priorität hat. Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören. Seenotrettung ist Menschenrecht. Eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten ist Menschenrecht.

Danach gilt es einen Weg zu finden, der nach Recht und Gesetz gangbar ist. Kommunen die sich zum sicheren Hafen erklären, wollen es der deutschen Regierung leichter machen, die aus Seenot gerettet und geflüchteten Menschen aufzunehmen und auf Städte und Gemeinden zu verteilen. Dafür zeigt die Samtgemeinde Neuenkirchen Flagge und erklärt sich zum sicheren Hafen.

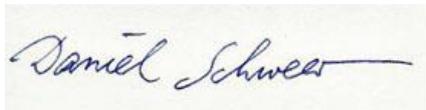
Uns ist klar, dass der Landkreis, das Land und der Bund die Kompetenzen bei der Zuweisung von Flüchtlingen haben, wir wollen aber mit dieser Resolution unser Beitragbereitschaft erklären, denn:

Die jetzige Situation ist bis zu einer umfassenden europäischen Lösung für Retter und Gerettete unerträglich!

(Passagen dieses Antrages sind aus ähnlichen Anträgen in deutschen Gemeinden Städten entnommen oder daran angelehnt.)

Weitere Begründung erfolgt in der Ratssitzung

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in blue ink that reads "Daniel Schweer". The signature is written in a cursive style and is positioned above a light-colored rectangular background.

Daniel Schweer

Vorsitzender der SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen